



Pressemitteilung

Herr Langemack

Telefon 0711 / 224 62-29

Telefax: 0711 / 224 62-23

E-Mail: langemack@landkreistag-bw.de

Alle Pressemitteilungen und mehr unter:

www.landkreistag-bw.de

Stuttgart, den 12. März 2012

Sperrfrist 12.03.12, 11.30 Uhr!

35. Landkreisversammlung des Landkreistags Baden-Württemberg in Sigmaringen - „Landkreise – bürgernahe Dienstleister und verlässliche Partner für das Land“

Präsident Landrat Jahn kritisiert Konzept des Innenministers zur Polizeireform: „Ziele können nicht erreicht werden, Vorteile der bisherigen dezentralen Strukturen gehen verloren und das in dem Land, das den höchsten Sicherheitsstandard und die beste Polizeiarbeit hat!“

Kreis- und Gemeindereform wird entschieden abgelehnt

Sigmaringen. Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Helmut M. Jahn (Hohenlohekreis, Künzelsau) hat heute in seiner Rede anlässlich der 35. Landkreisversammlung in Sigmaringen - vor 350 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung - aus Sicht der Landkreise Stellung bezogen zu den wichtigsten kommunalpolitischen Themen der Landespolitik.

„Politik des Gehörtwerdens“

Der Präsident des Verbandes der 35 baden-württembergischen Landkreise wies eingangs seiner Rede darauf hin, dass die Landesregierung eine „Politik des Gehörtwerdens“ verkündet habe, was im Land wie auch auf der bundespolitischen Ebene auf große Aufmerksamkeit und Zustimmung

gestoßen sei. In diesem Zusammenhang ging er auf das bürgerschaftliche Engagement und die Bürgerbeteiligung ein. Beides sei eng miteinander verbunden: „Bürgerbeteiligung „fußt“ auf bürgerschaftlichem Engagement und ohne Bürgerbeteiligung wird es kein bürgerschaftliches Engagement geben!“

Er betonte, dass Landkreistag und Landkreise von Beginn an intensiv mit dem Land Baden-Württemberg zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zusammenarbeiten.“ Das Landkreiszusammenschluss aller Landkreise Baden-Württembergs zur Förderung dieses Engagements, feiert in diesem Jahr sein 15-jähriges Jubiläum und ist damit das älteste der kommunalen Netzwerke im bürgerschaftlichen Engagement“, betonte Jahn.

Jahn hob auch hervor, dass zur Beteiligung in das landespolitische Handeln auch gehöre, dass nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern alle direkt Betroffenen, gerade auch die Städte, Gemeinden und Landkreise unmittelbar in dieses Gehörtwerden, in die Entscheidungsfindung der Regierung, mit einbezogen werden. „Die ersten Gespräche zum Pakt für Familien mit Kindern, den die Kommunalen Landesverbände mit der Landesregierung abgeschlossen haben, haben diesen neuen Politikstil bestätigt“.

Polizeireform

Präsident Jahn bemängelte aber zugleich, dass sich dieser neue Politikstil bisher nicht wie ein roter – oder besser „grüner“ – Faden durch die einzelnen Entscheidungen oder auch Planungen der Regierung gezogen habe und nannte als Beispiel die Polizeistrukturereform.

Die Kommunalen Landesverbände hätten in die gebildete Expertenrunde einbezogen werden müssen - das von Anfang an vorhandene Misstrauen gegen diese Expertenrunde wäre dann gar nicht erst entstanden. „So mussten und müssen wir den Eindruck haben, dass in dieser wichtigen Fragestellung die wichtigsten Partner, nämlich die Landkreise, Städte und Gemeinden, nur informiert aber praktisch nicht gehört und somit vor vollendete Tatsachen gestellt werden“, sagte Jahn.

Präsident Jahn bedauerte, dass die inhaltliche Diskussion zu den „Eckpunkten“ der Polizeireform, die Herr Innenminister Gall, Ende Januar 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, von einer „Begleitmusik“ als mögliche Ouvertüre für eine Kreisgebietsreform untermalt war: „Zuletzt haben auch Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auf Nachfrage erklärt, dass dies zwar nicht jetzt, aber vielleicht in der nächsten Legislaturperiode denkbar sei. Das Gefühl, dass „unter der Hand“ mehr geplant ist als nur die Polizeistrukturereform, haben Sie nicht widerlegen können oder wollen“, bedauerte Jahn

Jahn ging auch auf eine mögliche Kreisgebietsreform ein. Der öffentlichen Bekundung des Innenministers, dass die Polizeireform völlig isoliert betrachtet werden müsse und nichts mit der Kreisstruktur zu tun habe, könne er keinen rechten Glauben schenken.

Jahn verwies drauf, dass die SPD schon mehrfach die Auflösung der Regierungspräsidien für die nächste Legislaturperiode in Aussicht gestellt habe. „Wer meint, dass man dies ohne einen Eingriff in die Kreis- und Gemeindestruktur vollziehen könne, der irrt oder versucht, durch ein Täuschungsmanöver die Kreise und Gemeinden und vor allem die Bürgerinnen und Bürger hinters Licht zu führen. In einem Flächenland wie Baden-Württemberg mit bisher 35 Land- und 9 Stadtkreisen kann nur dann auf die Mittelinstanz verzichtet werden, wenn die Zahl der Kreise und Gemeinden erheblich verkleinert wird. 44 Stadt- und Landkreise und nahezu 1.100 kreisangehörige Gemeinden passen nicht in eine Verwaltungsstruktur ohne Regierungspräsidien“, stellte Jahn klar.

Der Landkreistagspräsident forderte den Ministerpräsidenten auf, „die Karten auf den Tisch“ zu legen. Das Handeln und Agieren der Regierung in dieser Sache entspreche in keiner Weise seinem Verständnis von „Beteiligung“.

Jahn stellte klar, dass der Landkreistags die Ziele der Polizeireform, vor allem die Steigerung der Effizienz, die Anpassung der Strukturen an die neuen Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung und die Stärkung der Präsenz der Polizei in der Fläche unterstützt. Es gebe aber aus den Erfahrungen heraus – und diese dürfe er für die Landräte aufgrund der intensiven Zusammenarbeit zwischen den Polizeidirektionen und den Landratsämtern in Anspruch nehmen – begründete Zweifel am Nutzen der Reform: „Denn mit der Reform wird Bewährtes ohne Not aufgegeben. Enttäuschend ist es, wenn in diesem Zusammenhang die Kritik von Landräten und Bürgermeistern von vornherein als „Kirchturmpolitik“ abgetan wird“.

Zuvorderst argumentiere das Innenministerium, dass durch die Reform 650 Beamte „frei werden“ und dann für mehr Präsenz auf den Revieren zur Verfügung stehen. Jahn stellte klar, dass es das für eine „Mogelpackung“ halte.

Von den 650 Beamten seien die Hälfte Kriminalbeamte – welche ohnehin in den 12 neuen Polizeipräsidien unterkämen. „Aber auch die verbleibenden 325 Beamten der Schutzpolizei kommen so nicht in der Fläche an. Dabei handelt es sich nämlich in der Regel um höherrangige Polizeibeamte, die z.B. aus der Zusammenlegung von Stäben und Führungsfunktionen „freigesetzt“ werden. Diese fahren mit Sicherheit nicht Streife. Und eine Stellenumwandlung wird viele Jahre dauern!“, monierte Jahn.

Selbst wenn man die Zahl von 325 Beamten verteilt auf 146 Reviere tatsächlich zu Grunde lege, wäre dadurch nicht einmal ein zusätzlicher Rundum-Streifendienst pro Revier sichergestellt: „Be-

zogen auf die gesamte Schutzpolizei in Baden-Württemberg wäre das gerade einmal eine Verstärkung von rund 1,6 % - und das in einem Zeitraum von 10 – 15 Jahren! Eine Polizeireform wird nur dann in der Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen, wenn tatsächlich auch ein gefühltes „Mehr“ an Sicherheit bei den Bürgern ankommt. Ein solches wird sich bei den dargestellten Gegebenheiten aber nicht einstellen. Wir werden den Bürgern dies auch in aller Deutlichkeit aufzeigen“, so der Präsident des Landkreistags.

Er befürchtet auch, dass die Aussage, die Polizeireviere und -posten blieben erhalten, nicht stimme und verwies auf die Eckpunkte des Innenministers. Dort werde explizit ausgeführt, dass auch Polizeireviere und Polizeiposten auf den Prüfstand kommen sollen. „Wer also glaubt, dass durch die geplante Reform die Reviere und Posten auf Dauer gesichert sind, liegt falsch!“ stellte Jahn klar.

Jahn wies darauf hin, dass durch die Polizeireform in Bayern - der bayerische Rechnungshof habe dies konstatiert – keine höhere Flächenpräsenz erreicht wurde. In Bayern hätten zudem der Rechnungshof und die SPD-Fraktion die dortigen Kosten der Reform von 100 Millionen in der Relation zum erreichten Erfolg stark kritisiert: „Da wundert es mich schon, dass bei uns weder vom beteiligten Rechnungshof noch von anderer Stelle die Kosten der Reform erfragt werden. Die uns gegebene Antwort, dass die Kosten nicht beziffert werden können ist bei einer derartigen Reform schon abenteuerlich. Wir in den Kreisen und Kreistagen dürften so nicht arbeiten!“

Jahn kritisierte auch, dass alle 25 Kriminalaußenstellen aufgelöst werden sollen. Maximal ein Kriminalkommissariat werde künftig in einem ehemaligen PD-Zuständigkeitsbereich vorhanden sein. Dessen Personalstärke sei gegenüber der bisherigen Kripo-Besetzung in den Polizeidirektionen deutlich reduziert. „Tatsächlich erfolgen ein Abzug der Kriminalpolizei aus der Fläche und eine Konzentration in den 12 neuen Polizeipräsidien. Das Ziel der Reform mit mehr Flächenpräsenz der Polizei trifft also auch auf den Bereich der Kriminalpolizei offensichtlich nicht zu“, kritisierte Jahn.

Der Präsident des Landkreistags sieht es eindeutig als Nachteil an, dass sich der Polizeiapparat von den bestehenden vernetzten Strukturen lösen und verselbständigen soll. „Gerade diese Vernetzung und Einbindung in die allgemeinen Verwaltungsstrukturen waren wichtige Motive für den Aufbau der Polizeistrukturen vor mehr als 60 Jahren. Die Konzentration in den neuen Polizeipräsidien führt dazu, dass auch die Polizeiführung nicht mehr vor Ort präsent ist. Der Polizei geht die Bindung zu den allgemeinen Verwaltungsstrukturen und das Wissen um die örtlichen Problemlagen verloren. Auch das gehört aber zur Präsenz in der Fläche“, betonte Jahn.

„Polizeiarbeit ist nicht nur, aber auch Arbeit mit Menschen und den Problemen der Gesellschaft, in deren Umfeld, vor Ort. Polizeiarbeit wird am besten dort erledigt, wo sie anfällt – wo die betroffenen Bürger leben und wo auch die Probleme zu Hause sind“, sagte Jahn. Die Polizeidirektionen seien in vielen Bereichen (Präventionsarbeit, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Jugend und So-

ziales usw.) die Ansprechpartner der örtlichen Verwaltungsbehörden, der Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie der Landratsämter.

„Funktionierende Polizeistrukturen auf Kreis- und örtlicher Ebene sind auch entscheidend für die Sicherheitslage. Die Sicherheit der Bürger und deren subjektives Sicherheitsgefühl sind nicht zuletzt ein wesentlicher Standortfaktor für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums und seiner wirtschaftlichen Potentiale, die es dringend zu erhalten und zu stärken gilt. Ein Rückzug der Präsenz der Polizeiführung aus der Fläche bedeutet damit auch eine Schwächung des ländlichen Raumes – und ich sage, eine weitere Schwächung des ländlichen Raumes der bisher auch maßgeblich zur Stärke und zum Wohlstand unseres Bundeslandes beigetragen hat.

Ich nenne nur wenige Beispiele: Bundeswehrreform, Reform der Arbeitsverwaltung, Notariatsreform, jetzt Polizeireform und ich könnte weitere nennen. Und dies alles unter dem Blickwinkel der demographischen Entwicklung, die den ländlichen Raum besonders treffen wird“ führte Jahn aus.

Jahns Fazit zur geplanten Polizeireform laute deshalb:

„Die Ziele können nicht erreicht werden, die Vorteile der bisherigen dezentralen Strukturen gehen verloren und das in dem Land, das den höchsten Sicherheitsstandard und die beste Polizeiarbeit hat!!“

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lassen Sie uns - gemeinsam mit Ihnen, Herr Innenminister, wie zugesagt - ergebnisoffen über die Eckpunkte einer möglichen Polizeireform sprechen. Wir fordern eine „echte“ Beteiligung im Sinne der Möglichkeit zur (Mit-)Gestaltung“, appellierte Jahn.

Bildungspolitik

Ein weiteres wichtiges Thema in der Rede des Landkreistagspräsidenten war die Schul- und Bildungspolitik.

Die Landesregierung habe es sich zum Ziel gesetzt, mehr in den Bildungsbereich zu investieren. Dieses Anliegen sei grundsätzlich auch unterstützenswert, allerdings dürfe dabei das Gesamtgefüge der Bildungslandschaft im Land nicht unberücksichtigt bleiben. Die Landesregierung setze aktuell ihren Schwerpunkt im allgemein bildenden Schulbereich, insbesondere auf die Gemeinschaftsschule, die künftig einen durchgängigen Bildungsgang von Klasse 1 bis Klasse 13 anbieten kann.

„Zum neuen Schuljahr 2012/ 2013 werden zunächst 34 Gemeinschaftsschulen an den Start gehen. Auf den ersten Blick scheint dabei eine Betroffenheit der Landkreise als Schulträger kaum gegeben, jedoch sind mittelbar Auswirkungen auf die Übergänge in den beruflichen Schulbereich zu erwarten“, sagte Jahn.

Dabei sehen die Landkreise die Gefahr, dass die mittleren Bildungsabschlüsse der Beruflichen Schulen (Berufsfachschule) und die Bildungsgänge (BVJ/ VAB und BEJ) an Wertigkeit verlieren könnten– insbesondere aufgrund des geplanten Wegfalls der Notenhürde von Klasse 9 und Klasse 10 der Gemeinschaftsschule, verbunden mit der Möglichkeit, den Hauptschulabschluss sowohl nach Klasse 9 als auch nach Klasse 10 zu erreichen. Auch stehe die an Gemeinschaftsschulen vorgesehene gymnasiale Oberstufe (3-jährige Sekundarstufe II) klar in Konkurrenz zum G9 der beruflichen Gymnasien. Schließlich starte die neue Landesregierung zum neuen Schuljahr einen Schulversuch an allgemein bildenden Gymnasien mit der Möglichkeit, zu G 8 einen alternativen neun-jährigen Weg zum Abitur anzubieten.

Der Ausbau der beruflichen Gymnasien wird seitens des Landkreistags grundsätzlich begrüßt, allerdings stelle sich die Frage des bildungspolitischen Konzepts im Zusammenhang beruflicher / allgemein bildender Schulbereich. „Bei den aktuellen „Einzelaktionen“ der Landesregierung im Bildungsbereich drängt sich der Eindruck auf, als ginge der Blick für das Gesamte verloren“, so Jahn.

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung und den damit einhergehenden Rückgang der Schülerzahlen forderte Jahn, dass Konkurrenzen zwischen den verschiedenen Bildungsgängen unbedingt vermieden werden müssen.

Da bis 2030 im allgemein bildenden Schulbereich ein Rückgang um weitere knapp 13 % auf rund 950.000 Schüler, im beruflichen Bereich ein Rückgang von rund 17 % auf knapp unter 300.000 Schüler zu erwarten sei, könne man es daher nicht leisten, Doppelstrukturen aufzubauen und vorzuhalten, die sich schließlich aufgrund der demographischen Entwicklung nicht aufrechterhalten lassen werden.

„Wir sehen die zwingende Notwendigkeit zum Aufbau eines Gesamtkonzepts in der Bildungslandschaft, das die aufgezeigten Entwicklungen bezogen auf die unterschiedlichen Schularten ausreichend berücksichtigt“, betonte der Landkreistagspräsident.

Insbesondere müsse bei anstehenden Entscheidungen über die Einrichtung neuer Bildungsgänge die Auslastung bestehender Schularten zwingende Berücksichtigung finden. „Ich darf dies deutlich im Hinblick auf die Einführung der Gemeinschaftsschule sagen. Denn laut dem Gesetzentwurf über die Gemeinschaftsschule ist – als explizite Ausnahme zu den sonst geltenden schulgesetzlichen Regelungen – bei der Entscheidung über die konkrete Einrichtung vor Ort lediglich die Frage zu prüfen, ob die Gemeinschaftsschule Bestand haben wird. Unberücksichtigt dagegen bleiben etwaige Auswirkungen auf bereits bestehende Schulen. Hierdurch entsteht eine nicht zu rechtfertigende Sonderstellung der Gemeinschaftsschule, die wir ablehnen! Vielmehr muss die Entwicklung des gesamten Schulwesens mit allen Bildungsgängen auf Landesebene im Blick sein!“ forder-

te Jahn. Schließlich bedürfe es – dann jeweils heruntergebrochen auf die Orts- bzw. Kreisebene – zwingend einer übergreifenden regionalen Schulentwicklungsplanung.

Medizinische Versorgung des ländlichen Raums

Jahn wies darauf hin, dass auch in etlichen ländlichen Gebieten Baden-Württembergs bereits Versorgungslücken bei der hausärztlichen Versorgung auftraten. Dieser Trend zur ambulanten ärztlichen Unterversorgung des ländlichen Raums werde sich weiter massiv verstärken.

Jahn wies darauf hin, dass in den nächsten Jahren viele Hausärzte in den Ruhestand treten werden – gerade im Ländlichen Raum. Erschwerend komme hinzu, dass der medizinische Nachwuchs den ländlichen Raum zunehmend als unattraktiv empfindet und sich die Hausarztabgänge infolgedessen in Zukunft nicht einmal ansatzweise kompensieren lassen.

Dem völlig entgegengesetzt werde in den kommenden Jahren die Nachfrage nach hausärztlichen Leistungen massiv ansteigen. Dies folge schon aus der demografischen Entwicklung der Bevölkerung.

Um eine ausreichende Gesundheitsversorgung gerade auch im ländlichen Raum sicherzustellen, bedürfe es grundlegend neuer Konzepte. Dazu gehören beispielsweise eine konsequent dezentrale und vernetzte Versorgungsplanung, moderne Kooperationsformen im ärztlichen Bereich, die Stärkung der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe sowie die akademische Aufwertung der Allgemeinmedizin, sagte Jahn.

„Wenn wir verhindern wollen, dass die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der ländlichen Räume ernsthaft beeinträchtigt wird, muss das Land einen Masterplan mit konkreten Zeitvorgaben vorlegen, damit die vielfach erst längerfristig wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der ambulanten ärztlichen Unterversorgung möglichst schnell auf die Gleise gesetzt werden können“, forderte Jahn.

Außer Frage stehe, dass auch die Landkreise bereit sind, zur Sicherung bedarfsgerechter medizinischer Versorgungsstrukturen beizutragen. So habe die überwiegende Zahl der Landkreise in kürzester Zeit kommunale Gesundheitskonferenzen auf den Weg gebracht: „Diese dienen unter anderem dazu, die unmittelbaren Versorgungsprobleme vor Ort mit den lokalen Gesundheitsakteuren – Kreisärzteschaft, örtlichen Kassenvertretern, Bürgerschaft – zu analysieren und Lösungsstrategien zu entwickeln.“

Finanznot der Krankenhäuser und zunehmender Schließungsdruck

Für sehr gefährlich hält der Präsident des Landkreistags auch die Finanznot, in der sich gegenwärtig die Krankenhäuser, gerade im Ländlichen Raum, befinden: „Drei von vier Krankenhäusern hierzulande arbeiten nicht mehr wirtschaftlich. Bei ungebremster Entwicklung wird es über kurz oder lang zu betriebswirtschaftlich bedingten Krankenhausschließungen kommen“, befürchtet Jahn.

„So wird schon heute die eigentlich den Vertragsärzten obliegende Notfallversorgung zu 60% von den Krankenhäusern übernommen. In Zukunft dürfte dieser Anteil noch deutlich ansteigen. Allein schon an diesem Beispiel zeigt sich, welche fatale Konsequenzen es hätte, wenn es zu dem käme, was ebenso kurzsichtig wie zynisch als „strukturelle Bereinigung der Krankenhauslandschaft“ bezeichnet wird“, hob der Landkreistagspräsident hervor.

Jahn forderte, dass die Landkreise als Krankenhausträger dringend eine verbesserte Betriebskostenfinanzierung brauchen. Der Bundesgesetzgeber müsse so schnell wie möglich dafür sorgen, dass die Krankenhäuser für das Jahr 2012 eine ausreichende Finanzierung der Lohn- und Gehaltssteigerungen erhalten. Es kann doch nicht sein, dass die Gehaltskosten in den Krankenhäusern tarifbedingt um 3% steigen, aber nur mit 1,5% refinanziert werden. „Und das im Angesicht von hohen Milliardengewinnen und Rücklagen der Kassen“, mahnte Jahn.

Jahn forderte das Land zudem auf, für eine auskömmliche Finanzierung der Kosten für die Investitionen der Krankenhäuser zu sorgen, denn nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz sei das Land dazu verpflichtet, diese zu übernehmen. „Dennoch erhalten die Krankenhausträger bislang nur etwa die Hälfte der notwendigen Investitionsmittel erstattet. Der dadurch ausgelöste Investitionsstau summiert sich mittlerweile auf über 1 Milliarde Euro. Dies wird der Größenordnung nach von der Landesregierung auch gar nicht bestritten. Im Gegenteil: Im Koalitionsvertrag von Landes-Grünen und SPD Baden-Württemberg findet sich bekanntlich das beachtliche Versprechen, den Investitionsstau im Krankenhausbereich durch eine schrittweise Erhöhung der Investitionsmittel bis 2016 abbauen zu wollen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich bekenne, dass wir Landkreise über diese klare Aussage des Koalitionsvertrags seinerzeit sehr froh waren. Und wir haben uns auch mit Lob nicht zurückgehalten, als bereits im Nachtragshaushalt 2011 zusätzlich 50 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung gestellt wurden.

Allerdings habe ich damals schon deutlich gemacht, dass der Nachtragshaushalt 2011 ein zwar wichtiger, aber eben auch nur erster Schritt in die richtige Richtung ist. Im Vorfeld der Beratungen zum Haushalt 2012 ist von unserer Seite deutlich angemahnt worden, dass der für 2011 nachträglich bewilligte Aufschlag bei den Investitionsmitteln nicht nur verstetigt, sondern in den Folgejahren auch deutlich erhöht werden muss!“ erklärte Jahn.

Finanzlage der Landkreise

Landkreistagspräsident Jahn lobte, dass das Land den ausgehandelten Kompromiss der bisherigen Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden zum damaligen Pakt zur Stärkung der Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen aus Sicht der Landkreise in zwei wesentlichen Punkten positiv umgesetzt habe. Zum einen wurden die Vorwegentnahmen im FAG um 40 Mio. Euro reduziert. Zum anderen wurden die Zuweisungen des Landes für die Schülerbeförderungskosten in einem ersten Schritt um 20 Mio. Euro angehoben.

Jahn betonte, dass die Landkreise in diesen Bereichen weitere Verbesserungen erwarten, denn der bisherige Abmangel in der Schülerbeförderung belaufe sich bei allen Stadt- und Landkreisen auf 44 Mio. Euro.

Jahn betonte besonders, dass die Landkreise den wiederum gestiegenen Zuschussbedarf für das Sozialwesen mit großer Sorge betrachten. „Dieser beträgt im Jahr 2011 rund 108 % des Kreisumlageaufkommens. Mit anderen Worten: Das Kreisumlageaufkommen hat wiederum bei weitem nicht ausgereicht, um den sozialen Zuschussbedarf zu decken. Kritischer Einzelposten ist dabei die Eingliederungshilfe. Hier haben wir eine jährliche Steigerung von 5% der Kosten zu verbuchen. Momentan belaufen sich die Ausgaben in diesem Bereich auf 1,2 Milliarden Euro in Baden-Württemberg für 58.000 Menschen. Diese Fakten zeigen, wie sehr wir auf eine finanzielle Entlastung angewiesen sind“, bekräftigte Jahn die jahrelangen Forderungen des Landkreistags.

Jahn wies auch darauf hin, dass die Landkreise für die Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen kumuliert in den Jahren 2005 bis 2010 insgesamt 31,6 Mio. Euro vorfinanziert haben. Die vom Land bereit gestellten Unterhaltungsmittel seien bei weitem nicht auskömmlich.

„Wir erwarten vom Land einerseits einen Ausgleich des aufgelaufenen Defizits von 31,6 Mio. Euro. Zum anderen müssen die für die Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen bereit zu stellenden Mittel deutlich angehoben werden. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, da die bisherigen Gespräche leider nicht zielführend waren, fordern wir das Land nachdrücklich auf, endlich seiner Rechtsverpflichtung nachzukommen. Ansonsten sehen wir uns gezwungen, diese für die Landkreise wichtige Angelegenheit unter Umständen gerichtlich klären zu lassen und/oder marode Bundes- und Landesstraßen für den Verkehr zu sperren, soweit die hierfür bereit gestellten Mittel aufgebraucht sind“, so Jahn.

„Das Land, unser Land Baden-Württemberg, ist in seiner Entwicklung – gerade auch im Vergleich der anderen Bundesländer deshalb so positiv vorangekommen, weil die Städte, Gemeinden und Landkreise ein stabiles Fundament zu Entwicklung des Landes insgesamt geschaffen haben. Dieses stabile Fundament war nur möglich, weil sich beide Seiten, sowohl das Land als auch die Kommu-

nen immer wieder bewusst waren, dass auf nahezu allen Politikfeldern nur Gemeinsamkeit stark macht. Denn das Land ist immer nur so stark wie seine Gemeinden, Städte und Landkreise! Deshalb, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, beziehen Sie uns in die Lösung der vor uns liegenden Aufgaben ein, fordern Sie uns im wohl verstandenen Sinne nach einer aktiven Beteiligung. Die Landkreise wollen und werden sich beteiligen. Die Landkreise sind bürgernahe Dienstleister und verlässliche Partner für das Land. Darauf können und dürfen Sie sich verlassen“, so der Präsident des Landkreistags zum Ende seiner Rede.